

250 000 Euro fehlen im Stadtsäckel

Nachtragsetat: Einbruch bei der Gewerbesteuer

BATTENBERG. Den Entwurf des ersten Nachtragshaushaltsplanes für das Jahr 2014 hat Bürgermeister Christian Klein in der Stadtverordnetenversammlung eingebracht. Die wichtigste Nachricht hatte der Bürgermeister schon in der jüngsten Ausschusssitzung angedeutet: Es gibt einen deutlichen Einbruch bei der Gewerbesteuer. Der Ansatz wird um 250 000 Euro zurückgenommen. Entsprechend sinkt auch die Gewerbesteuerumlage um 113 000 Euro.

Auf eine Korrektur im Bereich der Abwasserentsorgung machte Christian Klein aufmerksam: 100 000 Euro waren versehentlich als Grundgebühr doppelt angesetzt worden. „Der Betrag wurde den Bürgern auf den Bescheiden erstattet“, sagte Christian Klein.

Der Ansatz für den Straßenbau wurde um 110 000 Euro erhöht. Dahinter verbirgt sich

die Erschließungsplanung (Linksabbiegerspur) für den neuen Edeka-Markt (HNA berichtete).

Für den EDV-Bereich weist der Nachtrag 30 000 Euro aus: 5000 Euro eigene Mittel und einen Landeszuschuss von 25 000 Euro.

Neuer Bauhof-Schlepper

Neu angeschafft wird ein Deutz-Schlepper für den städtischen Bauhof, nachdem sich eine 2012 angeschaffter Schlepper als reparaturunfähig erwiesen hatte (HNA berichtete). Der neue Schlepper kostet 89 500 Euro, der alte wird für 57 489 Euro in Zahlung gegeben. Die Stadt muss also rund 32 000 Euro zuzahlen. Durch diese Investitionen erhöht sich der Kreditbedarf im Nachtrag um 147 000 Euro.

Der Entwurf des Nachtrags wurde ohne Diskussion zur Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen. (off)

Außengehöfte nicht mit aufgenommen

Parlament stellt IKEK-Grundsatzbeschluss zurück

BATTENBERG. Zurückgestellt hat das Battenberger Parlament einen Grundsatzbeschluss zum Integrierten kommunalen Entwicklungskonzept (IKEK). Unter aktiver Mitwirkung der Bevölkerung und der Ortsbeiräte hatte das Planungsbüro akp aus Kassel in den vergangenen neun Monaten ein kommunales Entwicklungskonzept erstellt.

„Die Wunschlisten sind lang, die Mittel mit 750 000 Euro aber begrenzt. Nun gilt es sorgfältig abzuwägen, wie der Kuchen verteilt wird“, sagte Hans-Gerhard Eitzenhöfer (CDU). Er begrüßte ausdrücklich, dass auch kommunale Projekte gefördert werden.

Positiv äußerte sich auch der Fraktionsvorsitzende der SPD, Jens-Ulrich Schmidt. Ein Wermutstropfen sei jedoch,

dass die Stadt in den nächsten zehn Jahren faktisch keine neuen Baugebiete ausweisen dürfe. Dies sei im Einzelfall nur mit einer Sondergenehmigung aus Wiesbaden möglich.

Auf einen weiteren Aspekt wies der Dodenauer Ortsvorsteher Wolfgang Stein hin: „Die Außengehöfte sind nicht mit eingeschlossen.“

Er sei als mit einem Vertreter des Landkreises zu den Außengehöften gefahren. Dieser habe erklärt, die Außengehöfte gehörten „automatisch dazu“. Nun seien aber doch nicht alle aufgenommen worden. „Aus Dodenauer Sicht ist das ein bisschen schade.“

Diese Frage soll nun noch geklärt werden. Da Bürgermeister Klein noch keinen akuten Zeitdruck sah, wurde der Beschluss vertagt. (off)



Mit den Antrags-Unterlagen für den Kunstrasenplatz: (von links) Fußball-Abteilungsleiter Eckhard Arnold, Bürgermeister Christian Klein, TSV-Vorsitzender Burkhard Specht und Vorstandsmitglied Siegfried Franke. Archivfoto: Hoffmeister

Sind 16 Sportplätze genug?

Kritische Anmerkungen der BLLFB zum 326 000-Euro-Projekt des TSV Battenberg

VON THOMAS HOFFMEISTER

BATTENBERG. Nach kontroverser Diskussion hat das Parlament einen Sperrvermerk für den geplanten Battenberger Kunstrasenplatz aufgehoben und den städtischen Zuschuss im Nachtrag um 7000 auf 32 000 Euro erhöht.

Er sei nicht gegen den Bau eines Kunstrasenplatzes in Battenberg, sagte Robert Paulus, auch auf die eigene Fußballkarriere verweisend. Doch was der BLLFB-Fraktionsvorsitzende an Argumenten aufzählte, sprach nicht gerade dafür: Im oberen Edertal gebe es zwischen Hatzfeld und Rennertehausen bereits 16 Fußballplätze (ohne Hartplätze). Derzeit zeichneten sich deutliche Mitglieder-Rückgänge ab. „In Zukunft wird es immer weniger Kinder geben. Ist da ein weiterer Sportplatz zu verantworten?“, fragte Paulus. Die vom TSV Battenberg im Finanzierungskonzept aufgelisteten Zahlen – unter anderem 20 000 Euro Eigenkapital und 35 000 Euro an Eigenleistungen – nannte Robert Paulus „stolze Summen“.

Von mehreren Seiten kam Widerspruch. „Ich sehe mehr Chancen als Risiken“, meinte Matthias Vetter (FDP). Geschaffen werde ein Sportplatz in „1a-Qualität“ von überregionaler Bedeutung, von dem auch die Schüler der Grund- und Gesamtschule profitieren. Nicht nur Unterstützung kam von der SPD, sondern sogar der Vorschlag, den städtischen Zuschuss von 25 000 auf 32 000 Euro zu erhöhen.

Kunstrasen als Anreiz

Bei ihrer Argumentation müsse die BLLFB den Kunstrasenplatz eigentlich ablehnen, merkte Rüdiger Weiß (CDU) an. Ein solcher Kunstrasenplatz stelle auch einen Anreiz dar, der hoffentlich weitere Kinder aus dem oberen Edertal für das Fußballspiel begeistern werde.

Gegen jeden Zweifel am Finanzierungskonzept wandte sich Siegfried Franke (FDP), der auch Vorstandsmitglied im TSV Battenberg ist. Die zugesagten Eigenleistungen würden erbracht, das aufgelistete Darlehen von 96 000 Euro wolle man „so bald wie möglich über Spenden und weitere Maßnahmen gegen Null fahren“, sagte Franke. Der Landkreis engagiere sich „deutlich mehr als sonst“, mit den Nachbarvereinen seien Gespräche geführt, die Schulen seien mit im Boot. „Wir hoffen auf eine Vorab-Genehmigung aus Wiesbaden, damit wir im Winter mit den Baumfällarbeiten beginnen können“, sagte Franke. Baubeginn für den mit 326 000 Euro veranschlagten Kunstrasenplatz solle dann im Mai sein.

Seine Bedenken begründete Stefan Waßmuth (BLLFB) so: Gegenüber den Aussagen vom Mai 2013 hätten sich die Kosten des Kunstrasenplatzes in-

zwischen um die Hälfte erhöht. „Das ärgert mich“, sagte Waßmuth, der bei der Abstimmung über einen höheren städtischen Zuschuss dann auch mit „Nein“ votierte.

Zu den Mehrkosten sagte Siegfried Franke: „Das war zunächst das erste Angebot für den Kunstrasen. Wir brauchen aber auch die Außenanlagen.“

Bei zwei Enthaltungen beschloss das Parlament zunächst, den Sperrvermerk für den im Haushalt eingestellten städtischen Zuschuss von 25 000 Euro aufzuheben. Der SPD-Vorschlag, diesen Zuschuss „realistischerweise“ auf 32 000 Euro anzuheben (wie es auch im Finanzierungskonzept des TSV Battenberg vorgesehen ist), wurde bei einer Gegenstimme (BLLFB) und sechs Enthaltungen (BLLFB und BLD) mit breiter Mehrheit angenommen.

Damit steht dem Bau des Platzes von Seiten der Stadt nichts mehr im Wege.

Aus dem Parlament Battenberg

Aufträge für Neubau der Grillhütte

DODENAU. Für den Neubau der abgebrannten Grillhütte hat der Magistrat mehrere Aufträge vergeben. Eine Zimmerei aus einem Frankenger Stadtteil erhielt den Auftrag für Zimmer- und Holzbauarbeiten im Volumen von 36 704 Euro. Nach einer beschränkten Ausschreibung gingen die Dachdeckerarbeiten für 19 256 Euro an eine Fachfirma aus einem Battenberger Stadtteil. Gerüstbauarbeiten führt eine Firma aus einem Battenberger Stadtteil für 1834 Euro aus.

Neue Reifen für Baggerlader

BATTENBERG. Zum Angebotspreis von 2002 Euro erhält der städtische Baggerlader vier neue Reifen. Der Auftrag ging an eine Firma aus Battenberg. Die Entsorgung der Altreifen ist im Preis enthalten.

Grundwasserentnahme aus Tiefbrunnen

FROHNHAUSEN. In diesem Jahr läuft die Genehmigung für die Grundwasserentnahme aus dem Tiefbrunnen Frohnhausen aus. Deshalb hat der Magistrat ein Ingenieurbüro aus Twistetal mit der Aufstellung eines Grundwasserentnahme-Antrages beauftragt. Das Büro erhält dafür ein Honorar von 5000 Euro.

5000 Euro für Mannschaftstransporter

BATTENBERG. Die Feuerwehr Battenberg erhält einen städtischen Zuschuss von 5000 Euro für ein Mannschaftstransportfahrzeug, das die Feuerwehr aus Eigenmitteln beschaffen will. Es handelt sich um eine Ersatzbeschaffung für ein Fahrzeug, das für die Jugendarbeit sowie den Einsatz- und Übungsdienst genutzt wird. Die Feuerwehr möchte ein Fahrzeug für 20 000 Euro kaufen.

Nachtrag zur Feuerwehr-Gebührensatzung

BATTENBERG. Einstimmig hat das Stadtparlament einen Nachtrag zur Feuerwehr-Gebührensatzung verabschiedet. Wie Vorsitzender Jens-Ulrich Schmidt in seinem Bericht aus dem Haupt- und Finanzausschuss erklärte, geht es mit dem Nachtrag vor allem darum, Fehlalarmierungen „sauber“ abrechnen zu können (350 Euro für zehn Einsatzkräfte in 30 Minuten). Neu gefasst wurde auch die Abrechnung für Arbeiten in der Atemschutzwerkstatt. (off)

Keine Einwände gegen Windräder

Schmidt (SPD) fordert Beteiligung am Gewinn

DODENAU. Keine Einwände hat das Stadtparlament gegen den Bau von vier bis zu 200 Meter hohen Windkraftanlagen im Bereich der Dodenauer Außengehöfte. Investor ist die Firma Krug Energie aus Münchhausen. Der Dodenauer Ortsbeirat hatte sich bei einer Enthaltung zuvor positiv zu diesem Projekt geäußert (HNA berichtete).

„Wir sind dafür, Atomkraftwerke abzuschalten“, sagte Herbert Battenfeld (CDU). Konsequenterweise werde die CDU auch dem Bau von Windrädern zustimmen.

Ausdrücklich stimme auch die SPD zu, sagte Fraktionsvorsitzender Jens-Ulrich Schmidt. Allerdings formulierte er als klare Vorgaben, die Bevölkerung zu beteiligen. „Es kann nicht sein, dass einige wenige den Reibach machen und wir alle über die EEG-Umlage dafür zahlen müssen“, sagte Schmidt.

Als Negativ-Beispiel nannte er 65 Windräder im Raum Diemelsee. Der Gemeinde blieben durch kompliziert verschach-

telte Eigentumsverhältnisse am Ende nur Steuereinnahmen von etwa 20 000 Euro. Jens-Ulrich Schmidt sprach sich für eine „ausgeglichene Basis“ der Stromerzeugung aus. Dazu zählten auch Solaranlagen und eventuell eine Biogasanlage. Man müsse auch schauen, wo die größten Stromverbraucher ihren Sitz hätten. In Battenberg sei das die Eisengießerei Hasenclever.



Jens-Ulrich Schmidt

Die Investoren der Firma Krug hätten zugesagt, mit den direkten Anwohnern persönlich zu sprechen, sagte der Dodenauer Ortsvorsteher Wolfgang Stein. Schwierigkeiten seien dabei „nicht zu erwarten“.

Ob die Windräder tatsächlich gebaut werden, darüber werde man erst nach der Auswertung von Gutachten entscheiden, sagte Bürgermeister Klein abschließend. (off) Foto: off

Direktversorgung mit Energie?

Prüfauftrag der BLLFB einstimmig angenommen

BATTENBERG. Der Magistrat soll prüfen, inwieweit eine eigenständige, regenerative Energieversorgung für städtische Kläranlagen und Pumpstationen realisierbar und wirtschaftlich ist. Das hat die Bürgerliste Laisa, Frohnhausen, Berghofen (BLLFB) im Stadtparlament beantragt.

„Man kann eine Kläranlage Energie-autark betreiben.“ Davon ist Günter Jakobi, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der BLLFB und Vorstandsvorsitzender der Bürger-Energiegenossenschaft Ederbergland, überzeugt. Er hält eine Energieerzeugung „in unmittelbarer Nähe zum Verbraucher“ für sinnvoll.

Am Beispiel der Kläranlage Berghofen hat Jakobi errechnet, dass eine Solaranlage zur Abdeckung des Strombedarfs rund 32 000 bis 35 000 Euro kosten würde. Ein zusätzlicher Speicher wäre für etwa 80 000 Euro zu haben.

Es gebe sehr wohl „intelligente Lösungen“. Mit den Firmen Viessmann und EWF gebe es auch „starke Partner

vor Ort“, sagte Günter Jakobi. „Wir müssen, auch unter dem Aspekt des demografischen Wandels, die Vorteile der ländlichen Region deutlicher herausstellen“, sagte der stellvertretende Fraktionsvorsitzende. „Lassen Sie uns ein Stück weit Vorreiter sein.“

„Wir müssen die Vorteile der ländlichen Region deutlicher herausstellen.“

GÜNTER JAKOBI

Bei Bürgermeister Christian Klein fand die Bürgerliste mit ihrem Vorstoß offene Ohren: „Der Antrag ist sinnvoll, zum Teil auch schon auf den Weg gebracht. Mit Klimaschutzmanager Rainer Zollner sei eine Untersuchung zahlreicher Pumpen bereits besprochen. „Erst nach der Untersuchung kann gesagt werden, ob das sinnvoll ist“, sagte Christian Klein.

Das Parlament votierte einstimmig für diesen Antrag. (off)